

ÖVP-Bundespartei Vorstand beschließt einstimmig Aussetzung der Regierungsverhandlungen!

Der ÖVP-Bundespartei Vorstand hat einstimmig beschlossen, die Regierungsverhandlungen mit der SPÖ auszusetzen. "Nachdem es in den letzten Wochen relativ wenig Substanzfortschritte gegeben hat und wir derzeit mit einer Koalition Gusenbauer-Strache-Van der Bellen im österreichischen Parlament konfrontiert sind, ist für uns eine Fortsetzung einer vertrauensvollen Zusammenarbeit sehr in Frage gestellt. Daher werden wir die Verhandlungen unterbrechen", so Schüssel. "Parallelverhandlungen kann und wird es in dieser Form jedenfalls nicht geben". Erinnern wir uns an das Jahr 2000, als die FPÖ in die Regierung kam. Ein Jahr lang Demonstrationen und EU-Sanktionen. Im Jahr 2006 plötzlich die Wende - bei drei Abstimmungen am Angelobungstag der Abgeordneten ist die FPÖ als Partner für die SPÖ ins Boot geholt worden!

Kosten für Ausstieg feststellen!

Darüber hinaus sei Verteidigungsminister Günther Platter vom Partei Vorstand gebeten worden, präzise die Kosten zum heutigen Zeitpunkt für den Ausstieg zu erfahren. Bisher sei man immer der Meinung gewesen, dass man nicht aussteigen, sondern in die Luftraumüberwachung einsteigen sollte. Für die ÖVP sei es immer von großem Interesse gewesen, wenn schon Flugzeuge zum Schutz des österreichischen Luftraums gekauft werden müssten, dass wenigstens vernünftige Gegengeschäfte abgewickelt werden können. Man habe einen "großartigen Erfolg" von 240 Prozent - vier Milliarden Euro Gegengeschäfte - herausverhandelt. Das stehe nun gemeinsam mit hunderten Klein- und Mittelbetrieben als Zulieferer - etwa 40.000 Arbeitsplätze - auf dem Spiel, so Schüssel. Die SPÖ hat sich ja prinzipiell zur Notwendigkeit der Luftraumüberwachung bekannt, will aber eine andere Lösung suchen. Abfangjäger leihweise beschaffen? Kein Land der Welt schafft sich mehr Abfangjäger an, als es selbst benötigt. Außerdem: Geliehene Flugzeuge sind auf Dauer nicht billiger als gekaufte. Den Luftraum von anderen Staaten überwachen lassen? Auch dafür wird kein anderes Land Kapazitäten aufbauen. Einen anderen Flugzeugtyp anschaffen? Der Kaufpreis mag ein wenig günstiger kommen als beim Eurofighter. Aber inklusive der Pönale für den Vertragsausstieg ist das eine teure Sache. Fazit: Wenn man eine Luftraumüberwachung und Verteidigung haben will, gibt es keine Alternative zum Eurofighter - oder nur eine, die noch viel teurer kommt.

SPÖ gefährdet Arbeitsplätze!

Auch der zweite von der Dreierkoalition SPÖ, FPÖ und Grüne eingesetzte Banken-Untersuchungsausschuss gefährde Arbeitsplätze, so Schüssel. Mit diesem Untersuchungsausschuss wird der gesamte Wirtschafts- und Bankenstandort Österreich in Frage gestellt. "Während wir in den letzten Jahren versucht haben, Wirtschaftskompetenz zu leben und jedem Arbeitsplatz mit dem Lasso nachgelaufen sind, findet man offensichtlich nichts dabei, tausende Arbeitsplätze aufs Spiel zu setzen. Wem das nützen soll, versteht kein Mensch", so Schüssel.